VII. Oeffentliches Sanitätswesen.

— A. Oldendorff, Die Sterblichkeitsverhältnisse Berlins mit besonderer Berücksichtigung der Verhandlungen der Berliner medicinischen Gesellschaft über den Einfluss hygienischer Maassnahmen auf die Gesundheit Berlins. Centralblatt für allgemeine Gesundheitspflege XIII, 9. u. 10. Heft.

Durch Vorlegung eines nicht unbedeutenden statistischen und sonstigen Materials hatte Th. Weyl zu beweisen versucht, dass

a) der Gesundheitszustand Berlins sich im Laufe der jüngsten zwei Jahrzehnte wesentlich gebessert habe, — dass

b) ein Nachlass gewisser, eine hohe Sterblichkeit bedingender Krankheiten unverkennbar. — und

c) die Abnahme der Sterblichkeit den sanitären Maassnahmen, an erster Stelle der Wasserversorgung und Canalisation zu verdanken sei.

Demgegenüber war die Behauptung aufgetaucht; mit der unverkennbaren Abnahme der Sterblichkeit sei auch eine solche der Geburtenziffer gleich ausdrucksvoll markirt; letztere Herabminderung aber im Verein mit der Zuwanderung führe zu Alterationen der Alterszusammensetzung und Qualität der Bevölkerung; so wäre die attackabelste Altersklasse an Zahl eingeschränkt und liefere nicht mehr so viele Todesopfer wie die frühere Composition; von einer Besserung des Gesundheitszustandes auf dem Wege der Assanirung könnte nicht die Rede sein.

Oldendorff führt diese ungerechtfertigten Uebertreibungen auf das richtige Maass zurück. Ein Blick auf vorwurfsfreie Tabellen zeigt, dass unabhängig von socialen Factoren die Sterblichkeit in Berlin während der letzten Jahrzehnte stetig abgenommen hat. Sie ist aber nicht allein in wohlhabenden, sondern auch in ärmeren Stadttheilen, nicht allein in Bezug auf die Säuglingsantheile, sondern in Bezug auf die Totalbevölkerung zurückgegangen, wie Oldendorff's Tabellen dies veranschaulichen: die öconomisch-socialen Structur der Bevölkerung hat die Abnahme der Sterblichkeit nicht oder jedenfalls nicht wesentlich beeinflusst. Schon von Boeckh war hervorgehoben worden, dass Berechnungen der verschiedenen Todesursachen zur Gesamtbevölkerung insofern zu Irrthümern Anlass geben können, als vermöge der ungleichen Zusammensetzung der Bevölkerung das häufigere oder seltenere Vorkommen von Krankheiten, welche bestimmten Altersklassen vorzugsweise angehören, eben davon abhängt, ob diese Altersklassen schwächer oder stärker in der Bevölkerung vertreten sind.

In Berlin nahmen im jüngsten Jahrzehnt zu:

Masern . . . um 0,8 pro Mille der Gesamtbevölkerung;

Keuchhusten „ 0,1 „ „ „ „

Dagegen zeigten Herabminderungen

Lungen- und Brustfellentzündungen um 0,9 p. M. der Gesamtbevölkerung,

Ruhr 1,4 „ „ „ „

Bräunkekrankheiten 1,7 „ „ „ „

Scharlach 2,2 „ „ „ „

Lungenschwindsucht 3,0 „ „ „ „

Abdominaltyphus 5,3 „ „ „ „

Pocken 8,0 „ „ „ „

Durchfall und Brechdurchfall „ 15,3 „ „ „ „

Vergleicht man nun schliesslich Berlin, welches in seinen Sanitätseinrichtungen unentwegt vorgeschritten ist, mit Orten, denen ein solches Vorschreiten während der zwei Jahrzehnte von 1870 bis 1890 nicht möglich war, so zeigt sich, dass besondere Umstände die günstige Sterbeziffer Berlins, die es erst während der namhaft gemachten Zeit errungen hat, verursacht haben müssen. Früher weit unten an stehend, hat Berlin hinsichtlich der allgemeinen Sterbeziffer unter 92 preussischen Städten mit über 20000 Einwohnern gegenwärtig die 28. Stelle inne; hinsichtlich der Sterbeziffer der unterjährigen Kinder die 9., unter den 16 Grossstädten des Königreichs aber die 2. Stelle. Während in Berlin die Abnahme der Säuglingsmortalität 34 pro Mille (zwischen 1875—1880 und 1886—1890) betrug, weist sie (in den nämlichen Zeiträumen) für die Provinz Brandenburg eine Zunahme von 12 p. M. der Geborenen auf und blieb im Staate Preussen auf der nämlichen Höhe.

Wie der Verbesserungsantheil der Entwässerung und verbesserten Wasserversorgung zu berechnen ist, darüber liefert Oldendorff ebenfalls einige Tabellen, welche die Unterschiede der Sterblichkeit in canalisirten und nicht canalisirten Häusern veranschaulichen.

Bei medicinalstatistischen Untersuchungen, complicirt wie sie stets sein werden, ist Vorsicht und Exactheit unbedingtes Erforderniss. „Man darf aber nicht über das Ziel hinausgehen und in eine Art von Hyperexactität verfallen, die schliesslich dazu führt, dass man den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht.“ W.

— Der Regierungsrath des Cantons Zug hat unter dem 25. Juli vorigen Jahres auf Antrag des Regierungsrathes nachstehende **Verordnung, betreffend Schulgesundheitspflege** erlassen:

I. Schüler. § 1. Schuleintritt. Die Schulcommissionen haben dafür zu sorgen, dass alle Kinder der ersten Klasse 14 Tage nach Beginn

der Schule durch einen Arzt untersucht werden. Derselbe bezeichnet in einem schriftlichen Bericht an die Schulbehörde erstens diejenigen Kinder, welche infolge mangelhafter körperlicher oder geistiger Entwicklung noch ein Jahr zurückzustellen sind, zweitens diejenigen, welche wegen körperlicher oder geistiger Fehler aus der Schule gänzlich entlassen werden sollten. Die Entscheidung in allen diesen Fällen ist Sache der Schulcommission.

§ 2. Ansteckende Krankheiten. Erkrankt ein Kind an Pocken, Scharlach, Croup oder Diphtheritis, so müssen sowohl dieses Kind, als auch Kinder, welche in einer Haushaltung oder in Räumlichkeiten wohnen, wo solche Krankheiten herrschen, vom Schul- oder Kirchenbesuch so lange ferngehalten werden, bis durch ein ärztliches Zeugnis die Erlaubnis zum Wiederbesuch nachgewiesen wird. Bei Masern kommt diese Bestimmung nur bei bösartigen Epidemien zur Anwendung. Kinder mit ekelhaften Hautkrankheiten, Läusen oder Krätze dürfen bis zu ihrer Heilung die Schule nicht mehr besuchen. Kinder, deren Eltern für richtige Behandlung nicht sorgen wollen oder können, sind dem Präsidenten der Schulcommission zu verzeihen, welcher für die Behandlung zu sorgen hat.

II. Unterricht. § 3. Stundenplan. Die Unterrichtsfächer sollen so aufeinander folgen, dass zwischen anstrengendem und weniger anstrengendem Unterricht eine geeignete Abwechslung stattfindet. Fächer, welche das Denkvermögen mehr beanspruchen, sollen auf die ersten Stunden angesetzt werden. Mehr als drei Stunden ununterbrochener Unterricht, auch wenn Pausen dazwischen treten, sind auf der Stufe der Primar- und Secundarschule thunlichst zu vermeiden. An den Knaben- wie Mädchen-primarschulen sollen wöchentlich zwei halbe Tage frei gegeben werden.

§ 4. Schreiben und Lesen. Es ist schon vom ersten Unterricht an darauf zu halten, dass die Entfernung des Auges von der Schrift nicht weniger als 30 cm betrage. Beim Schreiben sind spätestens von der zweiten Klasse an Papier, Feder und schwarze Tinte zu gebrauchen. Die Schulwandtafeln sollen einen matten schwarzen Anstrich haben. Die Schüler sind nach ihrer Grösse auf die ihnen passenden Bänke zu vertheilen. Kurzsichtige und schwerhörige Schüler sollen in die vordersten Plätze gesetzt werden.

§ 5. Die Turnstunden sollen regelmässig durchgeführt und, wenn immer möglich, im Freien gehalten werden.

§ 6. Pausen und Ventilation. Entweder soll nach jeder Schulstunde eine Pause von zehn Minuten, oder in der Mitte eines Schulhalbtages eine solche von 15 Minuten eintreten. Während derselben sind die Schüler durch den Lehrer zu überwachen. Die Pause hat für alle im gleichen Schulhause befindlichen Klassen gleichzeitig stattzufinden. Wenn die Witterung es irgendwie erlaubt, müssen die Schüler sich ins Freie begeben. Während der Pausen sind die Zimmer durch Oeffnen der Fenster mit frischer Luft zu versehen. Nach Schluss der Schule und vor Wiederbeginn derselben ist fleissig für gute Lüftung der Schulzimmer zu sorgen.

§ 7. Hausaufgaben. In der I. und II. Klasse der Primarschule dürfen keine schriftlichen Hausaufgaben gegeben werden. In den oberen Klassen sind dieselben möglichst zu beschränken. Ueber die Sonn- und Festtage, sowie über die Mittagszeit dürfen in den Primarschulen keine schriftlichen Hausaufgaben gegeben werden. An den höheren Schulstufen (Secundarschulen, Gymnasium und Industrieschule) ist die Ueberbürdung mit Hausaufgaben ebenfalls zu vermeiden.

§ 8. Hitzferien. Wenn im Sommer während des Vormittags die Temperatur in den Schulzimmern am Schatten auf 27° C steigt und über Mittag anhält, so sollen an den Primarschulen Nachmittags Ferien sein, oder Spaziergänge gemacht werden.

III. Unterrichtslokale. § 9. Den zahlreichsten Klassen sind die geräumigsten Schulzimmer anzuweisen.

§ 10. Die Unterrichtslokale sollen wöchentlich mindestens zweimal auf nassem Wege, z. B. mit nassem Sägemehl, gereinigt werden. Frühling und Herbst sind dieselben einer gründlichen Hauptreinigung zu unterwerfen. In jedem Schulzimmer soll an geeigneter Stelle ein Thermometer (nach Celsius) angebracht werden. Erhebliche Abweichungen von der normalen Zimmertemperatur von 15° C sind von der Lehrerschaft in der Schulchronik zu bemerken.

§ 11. Für die sanitarische Einrichtung der Aborte, die Entleerung der Abtrittgruben und die Reinhaltung der Abtritte haben die Schulbehörden und die Lehrerschaft besondere Sorge zu tragen.

§ 12. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.